

# Dresdener Nachrichten

## Dr. Kadner's Sanatorium

Heil-Anstalt und Kurhaus. Niederlößnitz bei Dresden. Das ganze Jahr geöffnet.

Dresden, 1896.

Photographische Apparate in reichster Auswahl bei Emil Wünsche Moritzstr. 20 (Über der Maximilian-Allee). Anstaltlicher Catalog nach Ansicht von 20 Pfg. 10 Pfennig.

**Dresdener Champagner-Fabrik, Wein- und Spirituosen-Handlung**  
**W. F. Seeger, Kasernenstrasse 31.**  
Gegründet 1822. — Telephon II, 2155.  
Prämiiert mit Königl. Sächs. Staatspreis.  
Niederlagen in allen größeren Orten von Sachsen, sowie werden jederzeit versendet. Preislisten franco. — Telegramm-Adresse: Champagner Dresden.

**Carl Tiedemann, Hoflieferant**  
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.  
Königstr. Heinrichstrasse, „Stadt Götting“.

**Wilhelm's Blutreinigung-Thee**  
von Franz Wilhelm, Apotheker zu Neunkirchen in Nieder-Oesterreich, ist durch alle Apotheken zum Preise von 1. M. 2. — per Packet zu beziehen. — Engros-Lager bei Ernst Hey Nachf., Brodau-A. Amalienstr. 15. — Zu haben in Dresden in der Hof-Engel-, Marien-, Johanna-, Mohren- und Adler-Apothek.

**Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaren**  
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).**

**Nr. 39. Spiegel:** Lohnbewegung in der Konfektions-Branch. Lohnnachrichten, Preis-Sachverständige, Protestverammlungen, Butter und Margarine, Kreisauskunftigung, Gerichtsvorhandlungen, „Die Maus“, Natatoriums-Concert. **Wünschliche Bitterung: Sonntag, 9. Februar.**

### Politisches.

Für den Ausgang der großen Lohnkämpfe der Gegenwart ist es von jeder verhängnisvoll gewesen, wenn sie durch die Verquickung mit politisch-revolutionären Tendenzen bedunkelt und vergiftet wurden. Erhält der Geist der sozialdemokratischen Agitation die führende Rolle in einer Arbeiterbewegung, so erwacht dieser die Gefahr, daß sie, mögen ihr auch noch so berechtigte Forderungen zu Grunde liegen, nicht zur Verständigung, nicht zu einem praktischen Erfolge führt, sondern nur zur Erbitterung, die eine unangenehme Beurteilung und Erbitterung der Dinge erdient. Auch für die gegenwärtig in der deutschen Konfektionsindustrie herrschende Bewegung ist der Umstand, daß hierbei die Sozialdemokratie ihre Einflüsse geltend zu machen sucht, leider nur geeignet, von einer objektiven leidenschaftslosen Stellungnahme abzubringen. Der Umsturzpartei kommt es bei ihrem Eintreten für die Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen keineswegs darauf an, deren Lage zu verbessern. Wäre dies in der That der Fall, so würden die sozialdemokratischen Führer und Organe vor Allem vor einem allgemeinen Ausstände warnen, der unter den obwaltenden Verhältnissen nur zu einer furchtbaren Niederlage der Streikenden führen könnte. Während die Unternehmer sehr wohl in der Lage sein würden, eine längere Arbeitseinstellung ohne empfindliche Einbuße zu ertragen, selbst bei den Ausständigen sowohl an Geldmitteln wie an einer der soliden Zusammenhalt besitzenden Organisation. Die unausbleiblichen Folgen des Streikes wären die Verarmung von Noth, Elend, Unzufriedenheit und revolutionärer Gefinnung, also alles Dasjenige, was die sozialdemokratischen Agitationen bezwecken. Über auch aus einem anderen Grunde wäre der Führerschaft der Umsturzpartei ein höchstlicher Erfolg des Lohnkampfes nicht erwünscht. Dieser Kampf richtet sich zum Theil gegen einflussreiche Stammes- und Partei-genossen Paul Singer's. Am Ausgange der 80er Jahre hatte dieser als damaliger Mitinhaber der Berliner Konfektionsfirma Gebrüder Singer gegen zwei antikommunistische Gegner einen Verleumdungsprozess angestrengt, in welchem über die Lohnpraxis der Berliner Konfektionsgeschäfte im Allgemeinen und des Singer'schen Geschäftes im Besonderen ein geradezu vernichtendes Urtheil abgegeben und durch gerichtliches Urtheil dargelegt wurde, auf welcher traurigen Grundlage die „Mühle“ des Berliner Konfektionsgeschäftes beruht. Durch die Beweisaufnahme war festgestellt worden, daß es das Bestreben der Firma Gebrüder Singer war, sich möglichst billiges Arbeitsmaterial zu beschaffen, daß die Löhne bis auf's Aeußerste gedrückt wurden, ohne Rücksicht darauf, ob die Arbeiter oder Arbeiterinnen dabei bestehen können. Die Arbeiter sind von der Firma Gebr. Singer nicht als Menschen, sondern als Arbeitsmaschinen behandelt und nach Möglichkeit ausgebeutet worden. Wäre nicht die allmächtige Singer der schwerer Kompromittirte gewesen, so hätten sich schon damals die Sozialdemokraten das schätzenswerthe Material, das ihnen ihr Führer wider Willen geliefert hatte, für ihre Agitationen sicher nicht entgehen lassen. Aber bei dem Einflusse Singer's und den Interessen seiner ehemaligen Berufsgenossen haben die Umstürzler bisher darauf verzichtet, ihre Propaganda auch auf die Konfektionsbranche auszuweiten. Schwer ist hierbei auch die Thatfache in's Gewicht gefallen, daß, wie u. A. sogar von einem jüdisch-freimüthigen Blatte hervorgehoben wird, die sogenannten „Zwischenmeister“, gegen deren „Schwächlichkeit“ sich die Bewegung vornehmlich richtet, größtentheils entweder aus der Sozialdemokratie hervorgegangen sind oder noch gegenwärtig derselben angehören. Angesichts dieser zweifelhafte Beziehungen der Sozialdemokratie zu der Bewegung ist es um so mehr Pflicht aller Besonnenen und Unparteilichen, der ruhigen Ermüdung und der nüchternen Betrachtung zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Ursprünglich handelt es sich bei dem Lohnkampfe, der gegenwärtig das öffentliche Interesse in Anspruch nimmt, durchaus nicht um eine frivole sozialdemokratische Frausprobe, auch nicht um einen Ausstand, der lediglich vom Raune gezeichnet werden soll, sondern in der Hauptsache um das berechtigte Streben der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektionsindustrie, ihre nach mehr als einer Richtung hin unbedingt abänderungsbedürftige Lage zu verbessern und dringlichen Uebelständen abzuhelfen. Zweifellos steht fest — und das wird mit erfreulicher Objektivität auch von fast allen nichtsozialdemokratischen Blättern anerkannt —, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konfektionsgewerben in Deutschland überaus trauriger Natur sind. In dem erwähnten Singer'schen Prozesse war der Beweis erbracht worden, daß in den Berliner Konfektionsgeschäften Löhne gezahlt werden, die zum Vergleichen zu hoch und zum Leben zu gering sind. Die Arbeiterinnen, welche wöchentlich 12 Mark verdienen, gehören in Berlin zu den gut bezahlten; meist müssen die Arbeiterinnen froh sein, wenn sie 6 bis 8 Mk. wöchentlich bei angestrengter Arbeit bis in die finstere Nacht verdienen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen großen Städten. Aus Breslau wird berichtet, daß der Durchschnittsverdienst einer rastlos thätigen geschickten Heimarbeiterin für Perrenkonfektion oder Wäscheartikel bei 12 bis 18 Pfund angestrengter Arbeitzeit nur ganz ausnahmsweise 10 Mk. wöchentlich übersteigt. Diese jämmerlichen Arbeitsverhältnisse erklären sich aus der vorwiegend hausindustriellen Betriebsform, aus dem Schwächsystem, dem Anmochen des Proletariats in den Großstädten und dem übermäßigen Angebot von weiblichen Arbeitskräften. Vor Allem ist es das Schwächsystem, auf dessen Beseitigung zunächst abgesehen werden sollte. Bei dieser aus England übernommenen

Arbeitsorganisation kommen die eigenen Betriebsverhältnisse der Großhändler und die direkten Beziehungen zu den hausindustriell beschäftigten Personen in Betracht. Als Mittelglied zwischen Produktion und Waarenvertrieb schiebt sich der Zwischenmeister (sweater) ein, der aus dem Schwäche der Arbeitenden seinen Gewinn herauschlägt. Der Zwischenmeister nimmt die Bestellungen der Geschäfte auf Massenlieferung der erforderlichen Konfektionsartikel entgegen, sorgt für die Ausführung derselben und rechnet mit den Auftraggebern zu bestimmten Abfordrungen ab. Das Streben dieser Mittelpersonen in erster Linie darauf hinaus, die von ihnen mit den Großhändlern vereinbarten Stückpreise bei Begebung der Aufträge an die einzelnen von ihnen Beschäftigten möglichst herabzubringen. Aus den ohnehin kärglichen Arbeitsverhältnissen ist mithin auch noch der Lebensunterhalt der Zwischenmeister zu bestreiten.

Den Mittelpunkt der Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektionsbranche bildet die Einrichtung von Betriebswerkstätten, durch welche die Hausindustrie und das Schwächsystem beseitigt oder wenigstens wesentlich eingeschränkt werden sollen. Betriebswerkstätten, durch welche die Arbeitnehmer in ein unmittelbares Verhältnis zu den Konfektionsgeschäften treten würden, wären allerdings geeignet, eine Besserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse anzubahnen. Aber gegen ihre Einführung, selbst wenn sie überall durchführbar wäre, sprechen ernste Bedenken. Mit Recht hebt die „Zf. Bg.“ hervor, daß sich gerade in der Konfektions-Industrie eine völlige Umkehrung der Hausindustrie unter den heutigen Verhältnissen durchaus nicht rechtfertigen lassen würde. Die zahlreichen Frauen von kleinen Beamten und Arbeitern, die den unzulänglichen Verdienst ihrer Männer leider durch ihren Nebenverdienst ergänzen, dabei aber ihre häuslichen Pflichten besorgen müssen, und die gerade in der Konfektionsindustrie Gelegenheit finden, sich zu bethätigen, verdienen schließlich doch auch eine gewisse Berücksichtigung, nicht minder die große Zahl selbstständiger Frauen und Mädchen, die aus irgend welchen Gründen — und es giebt deren sehr vielfache — vor dem Eintritt in die Betriebswerkstätten zurückgehen und es vorziehen, zu Hause zu arbeiten. Weit schwerer wiegt noch das Bedenken, daß sich aus dem Hinretzen sozialdemokratischer Nachkommen in die ganze Bewegung ergibt. Die Sozialdemokratie ist es vor Allem, welche die Einrichtung von Betriebswerkstätten fordert. In einem offenbar von sozialdemokratischer Seite redigierten Flugblatte werden die Betriebswerkstätten, die auf Kosten der Arbeitgeber eingerichtet werden sollen, in folgender Weise empfohlen: „Die Löhne werden steigen, weniger demogen, daß infolge kürzerer Arbeitszeit mehr Arbeitsträfte eingestellt werden müssen, als weil die zusammen unter den gleichen Bedingungen arbeitenden Proletarier der Konfektionsindustrie in den Betriebswerkstätten innigere Fühlung mit einander erlangen, Solidaritätsgefühl, engen Zusammenhalt, und weil den kürzere Zeit Frohndenden mit größerer körperlicher und geistiger Frische vermehrte Möglichkeit zu Theil wird, sich aufzuklären und zu organisieren.“ Leider muß befürchtet werden, daß die Betriebswerkstätten nichts Anderes werden würden als Werkzeuge und Glieder der sozialdemokratischen Aufklärung und Organisation.

### Bernschreib- und Bernsprech-Berichte vom 8. Februar.

Berlin. Reichstag. Reichstanzler Fürst Hohenlohe nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu folgender Erklärung: Am Verlaufe der von mir in der Sitzung des Reichstages vom 16. Februar v. J. abgegebenen Erklärung habe ich die Frage der Hebung und Befestigung des Silberwerthes mit den verbündeten Regierungen in eingehender Ermüdung gezogen. Dabei leitete mich die Ueberzeugung, daß das Schwanken und das starke Sinken des Silberpreises auch für uns, ungedachtet unserer auf der Basis der Goldwährung bestehenden monetären Situation, wirtschaftliche Nachteile mit sich bringe. (Bravo rechts.) Wie der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamtes in der Reichstagsitzung vom 16. Februar v. J. ausführte, kommt in dieser Hinsicht zunächst die empfindliche Schwächung in Betracht, die der deutsche Silberbergbau durch den Preisrückgang des Silbers erleidet. Die deutsche Silberproduktion umfaßt etwa 9 Prozent der Silbergewinnung der Erde. Für den überwiegend aus ausländischen Erzen dargestellten Theil dieser Produktion ist der Preisrückgang nicht von Belang, für den aus inländischen Erzen gewonnenen Rest der Produktion bedingt er jedoch eine Werthverminderung, welche so erheblich ist, daß sie die Rentabilität des für die Gewinnung von Silber gerichteten heimischen Bergbaues in Frage stellt. Dazu tritt eine Vertheuerung unserer Exporte nach den Silberländern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Vektor in diesen Ländern durch das Sinken und Schwanken des Silberwerthes erwidert wird. (Sehr richtig, rechts.) Obgleich die Schwankungen während der letzten Zeit sich in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten haben, und namentlich für die Interessenten die Möglichkeit besteht, sich im Wege der Deckungen gegen etwaige Verluste zu sichern. Auch die deutsche Exportindustrie, soweit sie für Silberländer arbeitet, ist durch jene Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogen. Ich unterbreite die Bedeutung dieser Entwidlung nicht, man wird sie aber auch nicht zu hoch anschlagen dürfen. Unser Export nach den Silberländern beträgt seinem Werthe nach nur 3 bis 4 Prozent unserer Gesamtexporte (Hört, hört, links) und das sich ungedachtet der im Rückgang des Silberpreises liegenden bestimmten Momente im Ganzen günstig entwickelt; (Hört, hört links). Die freilich kaum ein völlig umfassendes Bild der Verhältnisse der mühsam zu entziffernden Reichshandelsliste giebt. Das Sinken der Valuta in den Silberwährungsändern, das aus dem Rückgang des Silberwerthes folgt, kann aber auch bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Ausgleichung durch entsprechende Erhöhung der Inlandspreise und Löhne sich vollzogen hat, zur Erleichterung der konkurrierenden Ausfuhr aus jenen Ländern beitragen. Endlich liegt in der durch den Silberpreis herbeigeführten starken Unterwerthigkeit unserer Silbermünzen eine

fortschreitende Deplochung derselben zu Freigeid. Allerdings glaube ich betonen zu sollen, daß diese Metallmünzwertigkeit eine Gefährdung unserer Reichswährung nicht darstellt, denn unser Reich ist mit Gold ausreichend gesättigt. Noten der Reichsbank finden in dem Goldschlag der Bank eine genügende Deckung und die Menge des umlaufenden Silbergeldes geht nicht über das Maß des Bedarfs hinaus. (Sehr richtig.) Selbst in kritischen Zeiten dürfte dieser Bedarf eine Abnahme kaum erfahren, wohl aber erdient die Gefahr verdrücklicher Nachprägung durch die Unterwerthigkeit der Stücke näher gerückt. Bis jetzt ist ja innerhalb Deutschlands nur in einem Falle in dem Jahre 1895 eine vorzeitig gestaltete unvollkommene, quantitativ bedeutungslose Nachprägung festgestellt worden. Wenn aber auch die letztergenannten weitgehende Befürchtungen nicht rechtfertigen, immerhin kann der Preisrückgang des Silbers zur Nachprägung anregen. Erleidet nach alledem die Hebung und Befestigung des Silberwerthes ein wirtschaftlich und monetärisch werthvoll und demgemäß als ein erstrebenswerthes Ziel (Hört, hört, rechts), so waltet doch kein Zweifel darüber ob, daß dieses Ziel sich nur international verfolgen lasse und daß seine Erreichung nur dann erfolgt werden kann, wenn unter den künftigen an dem Weltverkebre wesentlich beteiligten Kulturvölkern über den einschlagenden Weg und die anzuwendenden Mittel Einverständnis besteht. Ist ein solches Einverständnis nicht zu Stande, so ist die Befestigung des Silberwerthes nicht zu erwarten. Von bimetallistischer Seite ist anerkannt, daß als Vorbildung jeder internationalen Maßregel zu Gunsten des Silbers die Wiederöffnung der inländischen Münzstätten und die hier beschärfte Silberprägung gelten muß. Ich kann dieser Auffassung nur beistimmen; ich halte dafür, daß ohne dieses Zugeständnis alle Versuche, den Silberverbreit zu heben, vergeblich sein würden, habe aber auf Grund eines vorläufigen Meinungsanschlusses, der gemäß meiner Stellung mit der englischen Regierung gepflogen worden ist, die Ueberzeugung gewonnen, daß auf die Wiedereröffnung neuer Münzstätten in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. (Hört, hört, links.) Nach alledem lasse ich von einer Münzkonferenz zur Zeit nichts erwarten, was die Frage der Hebung und Befestigung des Silberwerthes ihrer Lösung praktisch näher rücken würde. Es erdient daher nicht rathsam, daß Deutschland die Initiative zur Einberufung einer solchen Konferenz ergreife. (Sehr wahr, links.) Von dieser Ueberzeugung geleitet, haben die verbündeten Regierungen einstimmig beschlossen, dem Beschlusse des Reichstages vom 16. Februar v. J. auf Einberufung einer Münzkonferenz zur Zeit keine Folge zu geben. (Bravo links.) Ich will jedoch hinzufügen, daß dann von einem anderen Stande annehmbar, Erfolg verheißende, programmatische Vorschläge gemacht werden sollten. Ich meinerseits bin gern bereit, die Beilegung Deutschlands an den internationalen Verhandlungen derartiger Vorschläge in Aussicht zu nehmen. (Bravo rechts.) — Graf Mirbach (son.) beantragt sofortige Einberufung der Erklärung des Reichstages. — Abg. Singer (Soz.) widerspricht dem. Die Beilegung muß unterbleiben, da zur Beilegung derselben schon der Widerspruch eines einzigen Mitgliedes des Hauses genügt. — Abg. v. Kardorff stellt eine Interpellation über diesen Gegenstand in Aussicht. Man einigt sich dahin, die Beilegung der Erklärung am Dienstag vornehmen zu wollen. — Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beilegung des Antrages Barth-Widert, betr. Abänderung des Reichswahlgesetzes (Abg. der Stimmenzahl in Congressen). — Abg. Graf Mirbach (son.) erklärt, er habe bei seiner bekannten Sacramentens-Niede nur für seine Person geäußert, er habe einen Staatsstreik nicht in's Auge gefaßt. Seine Vorschläge gingen dahin, die Wahlrecht in Ermüdung zu ziehen, die Altersgrenze hinaufzuführen und die Geheimwahl zu befestigen. Für seine Partei liege aber kein Anlaß vor, die Initiative zu einer Wahlreform zu ergreifen. — Abg. Bachem (Centr.): Auf die persönlichen Vorschläge des Grafen Mirbach werden wir durch die That antworten durch Annahme der vorliegenden Gesetzentwürfe. — Abg. Widert (frei. Ver.) weist dabei, daß Graf Mirbach in seiner Herrenhaus-Niede ausdrücklich zum Staatsstreik aufgefordert habe. Graf Mirbach habe auch von einem Stimmcaufstand gesprochen, er möge sagen, welche Partei er damit gemeint habe. — Abg. Graf Mirbach (son.) erklärt nochmals, seine Herrenhaus-Niede habe nur einen Appell an die Wähler enthalten (Lachen links). Er habe allerdings mit einer gewissen Lebhaftigkeit gesprochen, weil er unmittelbar unter dem Einbrüche der Ablehnung der Erklärung des Fürsten Bismarck gestanden habe. Was den Stimmcaufstand anlangt, so habe er an die Wahl Dirichlet's gedacht. — Abg. Windemack und Auer (Soz.) beistimmen die Vorschläge des Grafen Mirbach. — Abg. Lieber (Centr.) bekräftigt die Behauptung des Grafen Mirbach, es lägen bei allen Parteien Befürchtungen vor. Er habe noch niemals einen anderen Schlag in's Gesicht bekommen, als die Behauptung Mirbach's. Für seine Partei weilt er die Entscheidung zurück. — Abg. Graf Mirbach: Wenn bei dem Centrum keine Wahlbestimmungen vorgekommen sein sollten, so laun ich Herrn Lieber dazu nur gratulieren. Aber die Wahllosten werden doch anders, die Wahl Dirichlet's vom Jahre 1881 habe ich da ausdrücklich genannt. — Abg. Richter (frei. Volksp.): Wenn auch die geringste Wahlbestimmung vorgekommen wäre, so würden die Behörden sicherlich strafrechtlich eingegriffen sein. — Abg. v. Marquardsen (nat.-lib.) erklärt als Führer und langjähriger Vorsitzender der Wahlprüfungskommission, von wirklichen Wahlbestimmungen sei bei der Kommission so gut wie nichts bekannt geworden. In keinem Lande seien in dieser Hinsicht so wenig Bestimmungen zu erheben gewesen, wie gerade bei uns. — Der Antrag Widert wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Sodann wird die erste Beratung des Antrages Auer betr. das Koalitionsrecht, sowie des Antrages Auer, ebenfalls das Vereinsrecht und Verammlungsregeln betr., fortgesetzt. — Abg. Langer (frei. Volksp.) bittet dringend um Annahme des freimüthigen Antrages, um den politischen Vereinen die Eröffnung zu garantieren. — Abg. Bachem (Centr.): Wenn das Gericht wirklich die Auflösung des Reichstages v. Auer befürchten sollte, so wäre die Vermuthung zweifellos begründet, gegen alle übrigen Parteien genau ebenso vorzugehen wie gegen die Sozialdemokraten und darunter würden alle Parteien leiden. Alle Parteien haben deshalb ein Interesse an der Regelung des Vereinsrechtes. Aber in unänderlicher Form können wir die vorliegenden Anträge nicht annehmen, wir würden sie also einer Kommission übergeben müssen, aber für ein Ergebnis in der kommissarischen Verhandlung wäre in dieser Session doch wohl wenig Aussicht. Zu unserem Bedauern werden wir deshalb gegen beide Anträge stimmen müssen. Namens des Centrums kündigt Widert für die zweite Beratung eine Resolution an, infolge deren der Reichstanzler aufgefordert wird, angesichts der verfassungswidrigen Regelung des Vereinsrechtes im Privatlichen Verkebre möglichst bald auch

Wein-Heinrich Grell Wein-Restaurant